



Europäischer Rat

Brüssel, den 29. März 2017
(OR. en)

XT 20001/17

BXT 1

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Delegationen

Betr.: Mitteilung des Vereinigten Königreichs nach Artikel 50 EUV

Die Delegationen erhalten in der Anlage ein Schreiben der Premierministerin des Vereinigten Königreichs vom 29. März 2017 an den Präsidenten des Europäischen Rates.

10 DOWNING STREET

LONDON SW1A 2AA

DIE PREMIERMINISTERIN

29. März 2017

[Sehr geehrter Präsident Tusk]

Das britische Volk hat am 23. Juni des letzten Jahres dafür gestimmt, die Europäische Union zu verlassen. Wie ich bereits zuvor erklärt habe, bedeutet diese Entscheidung keine Ablehnung der Werte, die wir gemeinsam als Europäer teilen. Ebenso wenig ist sie ein Versuch, der Europäischen Union oder einem der verbleibenden Mitgliedstaaten zu schaden. Im Gegenteil – das Vereinigte Königreich möchte, dass die Europäische Union erfolgreich ist und gedeiht. Vielmehr kam in unseren Augen bei dem Referendum der Wille zum Ausdruck, unsere nationale Selbstbestimmung wiederzuerlangen. Wir verlassen die Europäische Union, doch wir verlassen nicht Europa – und wir möchten engagierte Partner und Verbündete unserer Freunde auf dem ganzen Kontinent bleiben.

Mitte dieses Monats hat das Parlament des Vereinigten Königreichs das Ergebnis des Referendums bestätigt und mit eindeutigen und überzeugenden Mehrheiten in beiden Kammern für die European Union Bill (Gesetzesvorlage über die Mitteilung der Absicht, aus der Europäischen Union auszutreten) gestimmt. Die Gesetzesvorlage wurde vom Parlament am 13. März gebilligt und hat am 16. März die königliche Zustimmung (Royal Assent) Ihrer Majestät der Königin erhalten, wodurch sie zu einem Parlamentsgesetz wurde.

Heute übermittle ich daher dieses Schreiben, um der demokratischen Entscheidung des britischen Volkes Wirkung zu verleihen. Hiermit teile ich dem Europäischen Rat gemäß Artikel 50 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union mit, dass das Vereinigte Königreich beabsichtigt, aus der Europäischen Union auszutreten. Darüber hinaus teile ich hiermit dem Europäischen Rat gemäß dem genannten Artikel 50 Absatz 2, wie er durch Artikel 106a des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft angewandt wird, mit, dass das Vereinigte Königreich beabsichtigt, aus der Europäischen Atomgemeinschaft auszutreten. Bezugnahmen in diesem Schreiben auf die Europäische Union sind daher so zu verstehen, dass sie auch eine Bezugnahme auf die Europäische Atomgemeinschaft beinhalten.

In diesem Schreiben wird dargelegt, welchen Ansatz die Regierung Ihrer Majestät bei den Beratungen verfolgt, die wir über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und über die tiefe und besondere Partnerschaft mit der Europäischen Union führen werden, die uns – so hoffen wir – als ihrem engsten Freund und Nachbarn nach unserem Austritt zuteil wird. Wir glauben, dass diese Ziele nicht nur im Interesse des Vereinigten Königreichs liegen, sondern auch im Interesse der Europäischen Union und der übrigen Welt.

Es ist im besten Interesse beider Seiten – des Vereinigten Königreichs und der Europäischen Union –, wenn wir den bevorstehenden Prozess nutzen, um diese Ziele in fairer und geordneter Weise zu erreichen, mit so wenig Störungen wie möglich auf beiden Seiten. Wir möchten sicherstellen, dass Europa stark und wohlhabend bleibt und in der Lage ist, seine Werte zu vermitteln, eine Führungsrolle in der Welt zu übernehmen und sich selbst vor Sicherheitsbedrohungen zu schützen. Wir möchten, dass das Vereinigte Königreich im Wege einer neuen tiefen und besonderen Partnerschaft mit einer starken Europäischen Union seine Rolle bei der Erreichung dieser Ziele voll und ganz wahrnimmt. Wir halten es daher für erforderlich, die Bedingungen unserer künftigen Partnerschaft parallel zu den Bedingungen unseres Austritts aus der Europäischen Union zu vereinbaren.

Die britische Regierung möchte diese Beratungen mit Ehrgeiz angehen, sodass die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen im Vereinigten Königreich und in der Europäischen Union – und natürlich auch in Drittländern in der ganzen Welt – möglichst früh so viel Sicherheit wie möglich erhalten.

Ich möchte einige Grundsätze vorschlagen, die dabei helfen können, unsere bevorstehenden Beratungen zu gestalten, aber zunächst sollte ich Sie darüber informieren, wie der Prozess bei uns im Vereinigten Königreich ablaufen wird.

Der Prozess im Vereinigten Königreich

Wie ich bereits angekündigt habe, wird die Regierung Rechtsvorschriften ausarbeiten, mit denen das Parlamentsgesetz – das Gesetz über die Europäischen Gemeinschaften von 1972 –, das dem EU-Recht in unserem Land Wirkung verleiht, aufgehoben wird. Zweck dieser Rechtsvorschriften wird es sein, das geltende Recht der Europäischen Union (den "Besitzstand"), wann immer dies praktikabel und angezeigt ist, in britisches Recht umzuwandeln. Dies bedeutet, dass es Sicherheit für die britischen Bürgerinnen und Bürger geben wird, ebenso wie für jeden aus der Europäischen Union, der im Vereinigten Königreich unternehmerisch tätig ist. Die Regierung wird Konsultationen darüber führen, wie wir diese Rechtsvorschriften ausgestalten und durchführen werden, und wir werden morgen ein Weißbuch veröffentlichen. Wir beabsichtigen ferner, mehrere andere Rechtsvorschriften auf den Weg zu bringen, um spezifische Fragen im Zusammenhang mit unserem Austritt aus der Europäischen Union zu regeln; auch dies geschieht, um Kontinuität und Sicherheit zu gewährleisten, insbesondere für die Wirtschaft. Wir werden natürlich weiterhin unseren Verpflichtungen als Mitgliedstaat nachkommen, solange wir Mitglied der Europäischen Union sind, und die Rechtsvorschriften, die wir vorschlagen, werden erst mit unserem Austritt wirksam.

Mit Beginn der Beratungen und während ihrer gesamten Dauer werden wir als ein Vereinigtes Königreich verhandeln und dabei den spezifischen Interessen jedes Landesteils und jeder Region des Vereinigten Königreichs gebührend Rechnung tragen. Wenn es darum geht, Befugnisse wieder zurück an das Vereinigte Königreich zu übertragen, werden wir umfassende Konsultationen über die Frage führen, welche Befugnisse in Westminster verbleiben und welche an Schottland, Wales und Nordirland abgetreten werden sollten. Die Regierung geht jedoch davon aus, dass dieser Prozess im Ergebnis dazu führen wird, dass die einzelnen dezentralen Verwaltungen eine größere Beschlussfassungsbefugnis erhalten.

Verhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union

Das Vereinigte Königreich möchte mit der Europäischen Union eine tiefe und besondere Partnerschaft eingehen, die sowohl eine wirtschaftliche wie auch eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit umfasst. Wir halten es daher für erforderlich, die Bedingungen unserer künftigen Partnerschaft parallel zu den Bedingungen unseres Austritts aus der Europäischen Union zu vereinbaren.

Sollten wir die Europäische Union jedoch ohne ein Abkommen verlassen, müssten wir mangels Alternativen nach den Vorgaben der Welthandelsorganisation Handel treiben. Was die sicherheitspolitischen Aspekte betrifft, so würde ein Scheitern der Bemühungen, zu einem Abkommen zu gelangen, bedeuten, dass unsere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus geschwächt wird. Sollte dieses Szenario eintreten, dann würden sowohl das Vereinigte Königreich als auch die Europäische Union mit den veränderten Gegebenheiten natürlich umgehen können, aber es ist nicht das Ergebnis, das beide Seiten anstreben sollten. Daher müssen wir hart arbeiten, um ein derartiges Ergebnis zu verhindern.

Gerade aus den genannten Gründen wollen wir eine tiefe und besondere Partnerschaft eingehen, die sowohl eine wirtschaftliche wie auch eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit umfasst; hinzu kommt aber auch, dass wir unseren Teil dazu beitragen möchten, dass Europa weiterhin stark und wohlhabend und in der Lage ist, eine Führungsrolle in der Welt zu übernehmen, seine Werte zu vermitteln und sich selbst vor Sicherheitsbedrohungen zu schützen. Und wir möchten, dass das Vereinigte Königreich seine Rolle voll und ganz wahrnimmt, damit diese Vision für unseren Kontinent Wirklichkeit wird.

Vorgeschlagene Grundsätze für unsere Beratungen

Mit Blick auf die nun bald beginnenden Beratungen möchte ich vorschlagen, dass wir uns auf einige Grundsätze verständigen, die dazu beitragen können, dass der Prozess möglichst reibungslos und erfolgreich verläuft.

- i. **Wir sollten uns konstruktiv und respektvoll im Geiste einer loyalen Zusammenarbeit miteinander auseinandersetzen.** Seitdem ich Premierministerin des Vereinigten Königreichs bin, habe ich Ihnen, meinen Kollegen und Kolleginnen Staats- und Regierungschefs der EU, sowie dem Präsidenten der Europäischen Kommission und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments aufmerksam zugehört. Das Vereinigte Königreich strebt nun keine Beteiligung am Binnenmarkt an: Wir verstehen und respektieren Ihren Standpunkt, wonach die vier Freiheiten des Binnenmarktes unteilbar sind und es kein "Herauspicken der Rosinen" geben kann. Des Weiteren verstehen wir auch, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs Folgen für das Land haben wird: Wir sind uns bewusst, dass wir keinen Einfluss mehr auf die Regeln haben werden, die die europäische Volkswirtschaft beeinflussen. Ferner wissen wir, dass sich britische Unternehmen im Handel mit der EU an Regeln anpassen werden müssen, die von Institutionen beschlossen werden, denen wir nicht mehr angehören – genau so, wie britische Unternehmen dies auf anderen Überseemärkten tun.
- ii. **Wir sollten immer zuerst an unsere Bürgerinnen und Bürger denken.** Selbstverständlich geht es in den Beratungen, die nun beginnen werden, um komplexe Fragen, aber wir sollten daran denken, dass die Interessen aller unserer Bürgerinnen und Bürger im Fokus unserer Gespräche stehen. So leben etwa zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der verbleibenden Mitgliedstaaten im Vereinigten Königreich und Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union; wir sollten danach trachten, uns frühzeitig über deren Rechte zu einigen.
- iii. **Wir sollten ein umfassendes Abkommen anstreben.** Wir möchten eine tiefe und besondere Partnerschaft zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU eingehen, die sowohl eine wirtschaftliche wie auch eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit umfasst. Wir werden erörtern müssen, wie die Rechte und Pflichten des Vereinigten Königreichs als ausscheidender Mitgliedstaat im Einklang mit den Gesetzen und im Geiste der fortdauernden Partnerschaft des Vereinigten Königreichs mit der EU fair geregelt werden können. Aber wir halten es für erforderlich, die Bedingungen unserer künftigen Partnerschaft parallel zu den Bedingungen unseres Austritts aus der Europäischen Union zu vereinbaren.
- iv. **Wir sollten gemeinsam daran arbeiten, Störungen möglichst gering zu halten und für möglichst große Sicherheit zu sorgen.** Investoren, Unternehmen sowie die Bürgerinnen und Bürger im Vereinigten Königreich und in den verbleibenden 27 Mitgliedstaaten – aber auch in Drittländern auf der ganzen Welt – möchten Planungssicherheit haben. Damit beim Wechsel von unserer derzeitigen Beziehung zu unserer künftigen Partnerschaft abrupte Übergänge vermieden werden, sollten den Menschen und den Unternehmen im Vereinigten Königreich wie auch in der EU Fristen für die Umsetzung eingeräumt werden, damit sie sich reibungslos und geordnet an die neuen Vereinbarungen anpassen können. Es würde beiden Seiten helfen, unnötige Störungen möglichst gering zu halten, wenn wir uns frühzeitig im Verhandlungsprozess auf diesen Grundsatz verständigen könnten.

- v. **Insbesondere müssen wir den besonderen Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur Republik Irland und der Bedeutung des Friedensprozesses in Nordirland Beachtung schenken.** Die Republik Irland ist der einzige Mitgliedstaat der EU, der eine Landgrenze mit dem Vereinigten Königreich hat. Wir wollen nicht zu einer "harten Grenze" zwischen unseren beiden Ländern zurückkehren, an dem einheitlichen Reisegebiet festhalten und dafür Sorge tragen, dass der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU der Republik Irland keinen Schaden zufügt. Darüber hinaus ist es unsere vorrangige Pflicht sicherzustellen, dass nichts geschieht, was den Friedensprozess in Nordirland untergräbt, und an dem Karfreitagsabkommen festzuhalten.
- vi. **Wir sollten mit den technischen Gesprächen über spezifische Politikbereiche möglichst bald beginnen, aber wir sollten den größten Problemen Vorrang einräumen.** Selbstverständlich wird es zunächst in erster Linie darum gehen, sich auf hoher Ebene darüber zu verständigen, wie die Probleme angegangen werden sollen, die unser Ausscheiden aufwirft. Andererseits befürworten wir auch ein mutiges und ehrgeiziges Freihandelsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union. Dieses Abkommen sollte einen größeren Geltungsbereich als vergleichbare frühere Abkommen haben und ehrgeiziger sein und Sektoren wie Finanzdienstleistungen und netzgebundene Branchen abdecken, die für unsere miteinander verknüpften Volkswirtschaften von entscheidender Bedeutung sind. Dies wird eingehende technische Gespräche erforderlich machen; da das Vereinigte Königreich derzeit jedoch Mitglied der EU ist, verfügen beide Seiten über Regelungsrahmen und Standards, die bereits übereinstimmen. Daher sollten wir der Frage Vorrang einräumen, wie wir die Weiterentwicklung unserer Regelungsrahmen im Hinblick auf ein weiterhin faires und offenes Handelsumfeld bewerkstelligen und wie wir Streitfälle regeln können. Was den Umfang unserer Partnerschaft in wirtschaftlicher wie auch in sicherheitspolitischer Hinsicht betrifft, so werden meine Beamten detaillierte Vorschläge für eine enge, umfassende und dynamische Zusammenarbeit vorlegen.
- vii. **Wir sollten weiterhin zusammenarbeiten, um unsere gemeinsamen europäischen Werte zu fördern und zu schützen.** Vielleicht braucht die Welt derzeit mehr als je zuvor die liberalen und demokratischen Werte Europas. Wir wollen unsere Rolle wahrnehmen, um sicherzustellen, dass Europa weiterhin stark und wohlhabend und in der Lage ist, eine Führungsrolle in der Welt zu übernehmen, seine Werte zu vermitteln und sich selbst vor Sicherheitsbedrohungen zu schützen.

Die Aufgabe, die vor uns liegt

Wie ich bereits erklärt habe, möchte das Vereinigte Königreich eine tiefe und besondere Partnerschaft zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU vereinbaren, die sowohl eine wirtschaftliche wie auch eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit umfasst. In einer Zeit, in der sich das Wachstum des Welthandels verlangsamt und es Anzeichen dafür gibt, dass protektionistische Instinkte in vielen Teilen der Welt auf dem Vormarsch sind, hat Europa die Verantwortung, für den freien Handel im Interesse aller unserer Bürgerinnen und Bürger einzustehen. Ebenso ist die Sicherheit in Europa labiler als je zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges. Eine Schwächung unserer Zusammenarbeit für den Wohlstand und Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger würde uns teuer zu stehen kommen. Die Ziele des Vereinigten Königreichs für unsere künftige Partnerschaft sind nach wie vor diejenigen, die ich in meiner Rede vom 17. Januar in Lancaster House und in dem später veröffentlichten Weißbuch vom 2. Februar genannt habe.

Wir sind uns bewusst, dass es eine Herausforderung ist, innerhalb der im Vertrag für Austrittsberatungen vorgesehenen Frist von zwei Jahren zu einem solchen umfassenden Abkommen zu gelangen. Aber wir halten es für erforderlich, die Bedingungen unserer künftigen Partnerschaft parallel zu den Bedingungen unseres Austritts aus der Europäischen Union zu vereinbaren. Wir verfügen über eine einzigartige Ausgangsbasis für diese Beratungen – eine enge regulatorische Nähe, Vertrauen in die Institutionen der jeweils anderen Seite und ein bereits seit vielen Jahrzehnten herrschender Geist der Zusammenarbeit. Aus diesen Gründen, und weil die künftige Partnerschaft zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU von solch großer Bedeutung für beide Seiten ist, bin ich sicher, dass diese Partnerschaft innerhalb der in dem Vertrag gesetzten Frist vereinbart werden kann.

Wir stehen vor einer Aufgabe von großer Tragweite, doch sollten wir in der Lage sein, sie zu bewältigen. Schließlich ist es den Institutionen und den führenden Politikern der Europäischen Union auch gelungen, einen von Krieg zerstörten Kontinent in einer Union friedvoller Nationen zusammenzuführen, und sie haben den Übergang von Diktaturen zu Demokratien unterstützt. Ich weiß, dass wir gemeinsam in der Lage sind, zu einem Abkommen über die Rechte und die Pflichten des Vereinigten Königreichs als ausscheidender Mitgliedstaat zu gelangen und dabei eine tiefe und besondere Partnerschaft zu errichten, die zu Wohlstand, Sicherheit und einer globalen Machtstellung unseres Kontinents beiträgt.

Yours sincerely


Seiner Exzellenz Herrn Donald Tusk